

SPD-Fraktion entschuldigt sich bei Bürgermeisterin Kuhl

DEBATTE Ortsverein Leer hatte die Verwaltung wegen ihrer Wohnungspolitik kritisiert – zu Unrecht

VON KATJA MIELCAREK

LEER - Dieser Angriff gegen Bürgermeisterin Beatrix Kuhl (CDU) war eher ein Eigentor: „Ich habe mich in aller Form für die Pressemitteilung des Ortsvereins Leer entschuldigt“, sagt Heinz Dieter Schmidt, Vorsitzender der SPD-Fraktion, auf Nachfrage. Serhat Özdemir, stellvertretender Vorsitzender des Ortsvereins, hatte im Namen des Ortsvereins in einem Schreiben an die Medien der Stadtverwaltung vorgeworfen, sie lasse stadteigene günstige Wohnungen bewusst leer stehen und verkommen, obwohl doch gerade solche Wohnungen in der Stadt händeringend gesucht würden.

Dieser Vorwurf sei „geradezu absurd“, wehrt sich Kuhl. Mit ihrem Amtsantritt im Jahr 2014 seien gerade in Sachen Wohnungsbau die „Versäumnisse der Vergangenheit“ angepackt worden.

Von 2006 bis 2013 seien pro Jahr knapp 100 Wohnungen fertiggestellt worden. Seit 2014 bis 2019 seien es pro Jahr mehr als 160 Wohnungen gewesen.

Es könne außerdem überhaupt keine Rede davon sein, dass eine große Anzahl stadteigener Wohnungen grundlos leer stünden.

Zwar seien aktuell 34 Wohnungen im Bestand der Kommunalen Wohnungsverwaltung Leer (KWL) nicht vermietet. 30 davon würden aber spätestens ab dem kommenden Jahr als Übergangswohnungen für die Mieter im Hermann-Lange-Ring und im Wendekamp gebraucht, deren Wohnungen saniert

werden. „Das stimmt“, sagt Schmidt, „das haben wir selber so beschlossen“. Und er schiebt gleich noch ein Lob nach. „Da hat die Stadtverwaltung hervorragend gearbeitet und dann sollte man das auch so sagen.“

92 Wohnungen in den Häusern Hermann-Lange-Ring 2 bis 20 und im Wendekamp in den Häusern 15 bis 17 sollen spätestens ab dem kommenden Jahr saniert werden, sagt KWL-Chef Timo Bunger. Die Zwei- bis Vierraumwohnungen mit einer durchschnittlichen Größe von rund 50 Quadratmetern seien noch auf dem Stand der 1960er Jahre und würden nun mo-

dernisiert. Für die Bauarbeiten könnten die Bewohner in eine der Übergangswohnungen ziehen. Die Kosten übernehmen selbstverständlich die Stadt, so Bunger. Die Miete werde anschließend geringfügig angepasst. Derzeit liege die Durchschnittskaltmiete der betroffenen Wohnungen bei 4,09 Euro pro Quadratmeter. Nach der Sanierung geht der KWL-Chef von 4,52 Euro pro Quadratmetern aus. Das entspreche einer Steigerung von rund zehn Prozent.

Von den veranschlagten Gesamtkosten der Sanierung von 7,36 Millionen Euro bleiben zunächst nur gut zwei Millionen Euro bei der Stadt.

Drei Jahre lang habe man mit der N-Bank verhandelt und nun sei es gelungen, gleich zwei Fördertöpfe gleichzeitig anzuzapfen, sagt Joachim Nesvera von der Bauverwaltung der Stadt. Die Stadt bekomme sowohl drei Millionen über die Wohnraumförderung als auch 2,2 Millionen über die Städtebauförderung. Letzteres sei ein Zuschuss, der nicht zurückgezahlt werden müsse. Bei der Wohnraumförderung handele es sich um ein zinsloses Darlehen, das über 35 Jahre abgelöst werde. „Ein Quantensprung“ sei diese Doppelförderung für die Stadt, sagt Nesvera. Er sei einem „tollen Zusammenspiel“ von Stadtverwaltung, den Landtagsabgeordneten Johanne Modder (SPD), Ulf Thiele (CDU) und Meta Janssen-Kucz (Grüne) und dem zuständigen Ministerium für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz von Olaf Lies zu verdanken.



Beatrix Kuhl



Serhat Özdemir



Heinz Dieter Schmidt